

Universitätsstadt Tübingen
Fachabteilung Haushalt
Müller, Michael Telefon: 07071-204-1320
Gesch. Z.: Z.: 2/20/2017/

Vorlage 274/2017
Datum 08.09.2017

Berichtsvorlage

zur Behandlung im **Verwaltungsausschuss**

Betreff: **Zwischenbericht zum Vollzug des Haushalts 2017**

Bezug:

Anlagen: 2 Anlage 1 Planabweichungen Verwaltungshaushalt
Anlage 2 Planabweichungen Vermögenshaushalt

Zusammenfassung:

Im Haushaltsvollzug 2017 zeichnen sich die in der Anlage zur Vorlage dargestellten Abweichungen ab. Nach heutigem Stand wird die Zuführung des Verwaltungshaushalts an den Vermögenshaushalt um 4,1 Mio. Euro höher ausfallen. Die Rücklagenentnahme erhöht sich im Vermögenshaushalt voraussichtlich um 3 Mio. Euro.

Ziel:

Information des Gemeinderats über den Haushaltsvollzug 2017.

Bericht:

1. Anlass / Problemstellung

In der zweiten Jahreshälfte berichtet die Verwaltung regelmäßig über den aktuellen Stand des Haushaltsvollzugs. Mit dem Bericht wird die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Haushaltsjahres dargestellt und eine Prognose zum voraussichtlichen Jahresergebnis abgegeben.

2. Sachstand

Die Haushaltssatzung 2017 wurde am 16.01.2017 vom Gemeinderat beschlossen und mit Schreiben vom 08.03.2017 vom Regierungspräsidium Tübingen genehmigt. Nach der öffentlichen Bekanntmachung war der Haushalt 2017 vollziehbar. Bis zu diesem Zeitpunkt befand sich die Stadt in der sogenannten Interimszeit (haushaltslosen Zeit).

Die Verwaltung berichtet mit dieser Vorlage über die Abweichungen der wichtigsten Einnahmen und Ausgaben des Haushaltsvollzugs gegenüber der Haushaltsplanung und die damit verbundenen Auswirkungen auf das voraussichtliche Jahresergebnis 2017. In der Anlage zur Vorlage stellt die Verwaltung die Zwischenergebnisse des Haushaltsvollzugs 2017 zum Stand 22.08.2017 dar.

Im **Verwaltungshaushalt** wirken sich vor allem die Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung 2017 positiv auf die Einnahmeseite aus. Beim Einkommensteueranteil ist gegenüber der Planung mit Mehreinnahmen von 2,4 Mio. Euro zu rechnen. Bei den Schlüsselzuweisungen werden weitere Mehreinnahmen von rd. 725.000 Euro erwartet. Ebenso werden bei den Landeszuweisungen für die Kleinkindbetreuung nach aktuellem Stand höhere Einnahmen von rd. 617.000 Euro prognostiziert.

Bei den Personalausgaben geht die Verwaltung davon aus, dass der Planansatz um 500.000 Euro unterschritten wird. Ursächlich hierfür sind mehrere derzeit unbesetzte Stellen insbesondere im Baudezernat.

Erforderliche Verschiebungen der Haushaltsmittel zur korrekten Verbuchung der Ausgaben in den Bereichen Straßenunterhaltung, barrierefreie Maßnahmen und Unterhaltung der Straßenbeleuchtung belasten zwar den Verwaltungshaushalt, gleichen sich durch analoge Einsparungen im Vermögenshaushalt jedoch insgesamt wieder aus.

Die im bisherigen Haushaltsvollzug eingetretenen Abweichungen des **Vermögenshaushalts**, die innerhalb des Vermögenshaushalts oder durch Budgetmittel gedeckt wurden, werden nicht alle erläutert. Insgesamt mussten dennoch bereits 6 Maßnahmen mit einer Deckung aus der allgemeinen Rücklage verstärkt werden. Dies betrifft zunächst die Sanierung des Techn. Rathauses (4 Mio. Euro). Hierfür werden jedoch entsprechende Fördermittel i. H. v. insgesamt rd. 2,5 Mio. Euro erwartet, die im Sonderhaushalt „Sanierungsgebiet Östlicher Altstadttrand“ vereinnahmt werden. Weitere Maßnahmen waren die Erweiterung des Feuerwehrhauses Derendingen (140.000 Euro), die Sanierung des Uhland-Gymnasiums (1,16 Mio. Euro), der Umbau des Hölderlinturms (550.000 Euro), die Generalsanierung des Männerwohnheims (1,1 Mio. Euro) und der Anteil der Stadt an den Baukosten am Güterbahnhof für die Einrichtung einer Linksabbiegerspur (686.000 Euro). Hier werden die Mehrausgaben durch die aurelis in 2018 jedoch wieder erstattet. Mit Ausnahme des Feuerwehrhauses Derendingen und der Linksabbiegerspur am Güterbahnhof handelt es sich bei den

Maßnahmen um vorgezogene Mehrausgaben i. H. v. insgesamt 6,81 Mio. Euro, welche die Folgejahre entsprechend entlasten.

3. **Finanzielle Auswirkungen**

Verwaltungshaushalt:

Aufgrund der Mehreinnahmen – insbesondere verursacht durch den höheren Einkommensteueranteil - ist das prognostizierte Ergebnis des Verwaltungshaushalts 2017 besser als ursprünglich geplant. Nach heutigem Stand wird sich der Überschuss des Verwaltungshaushalts um 4,1 Mio. Euro erhöhen. Statt der ursprünglich geplanten 18,1 Mio. Euro könnten dem Vermögenshaushalt dann 22,2 Mio. Euro zugeführt werden.

Vermögenshaushalt:

Trotz der höheren Zuführungsrate vom Verwaltungshaushalt führen die vorgezogenen Mehrausgaben im Vermögenshaushalt zu einer zusätzlichen Deckungslücke i. H. v. rd. 3 Mio. Euro, die durch eine höhere Entnahme aus der allgemeinen Rücklage gedeckt werden kann. Nach heutigem Stand müssten der allgemeinen Rücklage damit statt der ursprünglich geplanten 5,65 Mio. Euro voraussichtlich 8,61 Mio. Euro entnommen werden. Der Stand der allgemeinen Rücklage (zweckgebundene und nicht zweckgebundene Teile) des Jahres 2017 würde sich damit zum Jahresende 2017 auf voraussichtlich insgesamt 17,13 Mio. Euro belaufen. Der Plan sah einen Stand von 15,84 Mio. Euro vor. Grundlage für die Planung war der Zwischenbericht 2016. Nachdem das vorläufige Jahresergebnis 2016 (Vorlage 133/2017) demgegenüber eine Verbesserung um 4,24 Mio. Euro vorsieht, ist trotz der höheren Entnahme 2017 am Ende des Jahres noch ein höherer Rücklagenbestand zu erwarten.